Signatur:	2022.SR.000124
Geschäftstyp:	Motion
Erstunterzeichnende:	Ursina Anderegg
Mitunterzeichnende:	–
Einreichedatum:	01. September 2022

Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur (Ursina Anderegg, GB): Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten; Begründungsbericht

Der Stadtrat hat die folgende Motion am 17. Oktober 2024 im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt.

Die erste Volksinitiative für die schweizweite Einführung eines bedingungsloses Grundeinkommen ist 2016 an der Urne gescheitert. Zu viele Fragen waren noch offen: Was löst ein monatliches Grundeinkommen in der Bevölkerung und bei Einzelpersonen aus? Macht es die Menschen passiv oder setzt es Kapazitäten für neue Engagements frei? Wie hoch soll ein Grundeinkommen sein? Wie wird es finanziert?
Die Kommission Soziales, Bildung und Kultur (SBK) will durch lokale, zeitlich beschränkte, wissenschaftlich begleitete und koordinierte Pilotversuche in der Stadt Bern und in anderen Schweizer Städten konkrete Erfahrungswerte zum bedingungslosen Grundeinkommen sammeln und unter anderem die oben gestellten offenen Fragen klären. Spätestens die Covid-19 Pandemie hat eindrücklich aufgezeigt, dass die finanzielle Sicherheit zentral für ein angstfreies und gutes Leben ist. Der transformative Charakter der Digitalisierung führt grundsätzlich zu schwer abschätzbaren Veränderungen in der Arbeitswelt und den Sozialsystemen. Wir gehen davon aus, dass sich diese Entwicklungen in den kommenden Jahren weiter verstärken und akzentuieren, durch die Folgen der Covid-19 Pandemie erst recht. Für die Motionär*innen ist klar: Technologische Innovationen erfordern oft auch soziale Innovationen. Um herauszufinden, wie die Gesellschaft mit dem Strukturwandel und mit den Fol-gen der Covid-19 Pandemie umgehen kann, braucht es deshalb neue Lösungsansätze und Experimentierräume.
In diversen Schweizer Städten (Bern, Luzern, Zürich, Basel, Genf) sind Bestrebungen für Pilotprojekte zum Grundeinkommen im Gange, respektive entsprechende Initiativen hängig. Gleichzeitig ist eine neue Initiative auf nationaler Ebene geplant. Es wäre von Vorteil, wenn beim Zeitpunkt der Abstimmung über die Initiative bereits Resultate aus den Piloten vorliegen würden. In Deutschland ist zudem im Juni 2021 ein ähnliches Pilotprojekt gestartet worden (siehe www.pilotprojektgrundeinkommen.de).

Wir fordern den Gemeinderat zu Folgendem auf:

1. Die Stadt Bern initiiert einen wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch über ein Grundeinkommen für alle in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinwesen in der Schweiz (insbesondere der Stadt Zürich), die vergleichbare Pilotversuche planen und/oder durchführen. Zur Einbringung dieses Anliegens eignen sich z.B. die Städteinitiative Sozialpolitik und weitere Organisationen (SODK, SKOS, Gemeindeverband).
2. Zu gegebenem Zeitpunkt legt der Gemeinderat dem finanzkompetenten Organ eine Projektvorlage zur Genehmigung vor, in der die Stadt Bern mindestens für die im Gemeindegebiet lebenden Proband*innen Eigenmittel zur Verfügung stellt. Diese sind bereits

jetzt im IAFP bereit zu stellen. Die ersetzende oder ergänzende Finanzierung über Drittmittel soll durch die durchführenden Städte geprüft werden.

3. Die wissenschaftliche Begleitung des Pilotversuchs wird von den beteiligten Städten für eine oder mehrere unabhängige Forschungsinstitutionen ausgeschrieben. Zum Pilotversuch gehört auch eine entsprechende Kontrollgruppe ohne Grundeinkommen. Die Repräsentativität der Studie nach wissenschaftlichen Standards ist zu gewährleisten.
4. Die Dauer des Pilotversuchs soll mindestens 36 Monate betragen.
5. Das Geschäft ist direktionsübergreifend und interdisziplinär zu erarbeiten. Der zuständigen Kommission wird einmal jährlich, erstmals im Frühling 2023, über den aktuellen Stand Bericht erstattet.

Bericht des Gemeinderats

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) strebte zur Umsetzung des Motionsanliegens die Lancierung eines städteübergreifenden und regional breit abgestützten Pilotversuchs zum bedingungslosen Grundeinkommen an. Sie formulierte hierzu ein konkretes Vorgehen und präsentierte dieses an der Sitzung vom 13. Januar 2023 im Vorstand der Städteinitiative Sozialpolitik. Die Vertreter*innen der anderen Städte fanden die Thematik und das vorgeschlagene Vorgehen grundsätzlich interessant. Sie begrüssen auch, dass sich die Stadt Bern diesem sozialpolitisch wichtigen Anliegen annehmen will. Aufgrund anderweitiger Prioritäten sicherte aber keine der Städte der Stadt Bern für die Entwicklung des Pilotprojekts ihre Mitarbeit zu. Der Gemeinderat bedauert, dass sich keine weiteren Städte für ein städteübergreifendes Projekt finden liessen. Durch eine breite Abstützung des Projekts in verschiedenen Städten und Regionen der Schweiz wäre die Grösse der Versuchsgruppe pro Gemeinde kleiner ausgefallen; entsprechend wären die Kosten pro Gemeinde tiefer gewesen. Gleichzeitig hätte sich durch eine breite Abstützung sowohl die Aussagekraft als auch die Ausstrahlung und die Glaubwürdigkeit des Projekts erhöht.

Ohne entsprechende Partnerschaften mit anderen Städten ist die Umsetzung eines Pilotversuchs aus Sicht des Gemeinderats nicht realistisch. Bei einer Studiengrösse von 300 Personen würden sich die Kosten für die Stadt gemäss ersten Berechnungen auf geschätzte 7,5 bis 9 Millionen Franken belaufen. Die Initiant*innen der 2021 eingereichten Parlamentarischen Initiative zur Durchführung eines Pilotversuchs zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern bezifferten in ihrem Projektbeschrieb die Kosten für einen Pilotversuch ebenfalls auf 8,8 Millionen Franken. Ein Projekt mit Kosten in dieser Grössenordnung ist nach Ansicht des Gemeinderats mit Blick auf die städtischen Finanzen aktuell nicht tragbar.

Das bedingungslose Grundeinkommen wurde in den letzten Jahren auch in anderen Städten thematisiert. Die Vorhaben für Pilotprojekte zum bedingungslosen Grundeinkommen in den Städten Zürich und Luzern wurden von der Stimmbevölkerung verworfen. Das geplante Zürcher Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen wurde in einer Volksabstimmung am 25. September 2022 mit rund 53,9 % Nein-Stimmen abgelehnt. Es hätte etwa 500 Personen während drei Jahren ein Grundeinkommen gewährt und wissenschaftlich untersucht werden sollen. Auch das Luzerner Projekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen wurde von der Stimmbevölkerung am 26. November 2023 abgelehnt (69 % Nein-Stimmen).

Angesichts der fehlenden Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Städten, der schweizweiten Entwicklung im Bereich des bedingungslosen Grundeinkommens sowie der finanziellen Situation der Stadt Bern ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass eine Umsetzung der Projektidee nicht realistisch ist. Er sieht daher zum aktuellen Zeitpunkt davon ab, ein Pilotprojekt zu lancieren. Der Gemeinderat zeigt sich jedoch offen gegenüber alternativen Ideen, die es ermöglichen die Wirkung

eines bedingungslosen Grundeinkommens abzuklären. Er wird entsprechende Projekte prüfen. Im Rahmen eines Austausches mit einer Delegation der Initiant*innen der Parlamentarischen Initiative zur Durchführung eines Pilotversuchs zum bedingungslosen Grundeinkommen wurde diese Bereitschaft bereits signalisiert.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine

Bern, 14. Oktober 2026

Der Gemeinderat